

Der Kampf gegen den Flughafen Tegel



Wir haben Ihre Adresse aus der Unterschriftenaktion gegen den Flughafen Tegel und schreiben Sie einmalig an, um Ihnen mitzuteilen, was mit diesen Unterschriften nun geschehen soll und Sie auf eine Diskussionsveranstaltung aufmerksam zu machen, die demnächst in Pankow stattfindet. Wenn Sie aber weitere Information von uns möchten, bitten wir Sie, uns dies mitzuteilen, ansonsten werden wir Sie nicht mehr anschreiben. Ihre Anschrift wird dann auch nicht verwendet oder gespeichert. Unsere Anschrift ist am Ende des Faltblattes zu finden.

Unterschriftenaktion „Umsiedlungskampagne er oder wir“

Die Aktion ist inzwischen abgeschlossen. Statt der angestrebten 10.000 Unterschriften sind es „nur“ 6.000 geworden. Angesichts des Mangels an Unterstützung durch politische Parteien oder andere Organisationen (nur die PDS Pankow hat in den letzten Wochen noch einige Unterschriften gesammelt) ist dies auch kein Wunder.

Ursprünglich sollten die Unterschriften an Verkehrssenator Strieder übergeben werden. Wir verzichten ganz bewusst darauf, weil Strieder angesichts des Mangels an parlamentarischer Opposition und Kontrolle zu keinerlei Zugeständnissen zu unserem Schutz bereit ist.

Wir werden die Unterschriften zusammen
mit einer Petition beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages einreichen.

Um diese Petition professionell zu untermauern, haben wir von unserem Anwalt zusätzliche einen 15 seitigen Schriftsatz erarbeiten lassen.

Unsere Petition zielt dabei auf drei Punkte, deren Regelung in die Zuständigkeit des Deutschen Bundestages fällt:

1. Ausweitung und Verschärfung des Nachtflugverbotes. (Hier vor allem auch die Vorverlegung von 23.00 auf 22.00 Uhr)
2. Verhinderung der weiteren Kapazitätssteigerungen in Tegel durch eine Konkretisierung der vom Bundestag 1990 mit wenigen Sätzen fingierten Planfeststellung für den Flughafen Tegel.
3. Gesetzliche Regelung der Verkehrsverteilung im Berliner Flughafensystem und damit Entlastung der Tegeler Anwohnerinnen und Anwohner.

Benötigt wird eine Verstärkung des persönlichen und finanziellen Einsatzes!

Beim Studium der Medien wird vermutlich auch Sie der Eindruck beschleichen, dass wir uns auf das Gelingen der Planfeststellung für den Flughafen Schönefeld nicht verlassen dürfen. Die Schönefelder Flughafengegner haben nahezu alle Gemeindeverwaltungen auf ihrer Seite und können damit erheblich besser zum Widerstand mobilisieren. Wir stehen dagegen vor der misslichen Lage, dass die CDU Bürgermeister von Spandau und Reinickendorf mehr oder weniger offen für den Erhalt des Flughafens Tegel eintreten, der ehemalige SPD Bürgermeister des vormaligen Bezirkes Wedding sich für das Thema schlicht nicht interessiert und der SPD Umweltstadtrat des vormaligen Bezirkes Pankow erklärte, für Fluglärm sei er nicht zuständig. Auch die Bundestagsabgeordneten aus dem betroffenen Gebiet, das immerhin von 390.000 Menschen bewohnt wird, interessieren sich nicht für die Probleme in den Einflugschneisen des Flughafens Tegel.

Auch Verkehrssenator Strieder (SPD) und der Regierende Bürgermeister Diepgen (CDU) leisten keinen Beitrag zum Gelingen der Planfeststellung für Schönefeld. Die Schließungsanträge für die Flughäfen Tegel und Tempelhof müssten längst bearbeitet werden. Statt dessen ruht der Tempelhofer Antrag in Strieders Schubladen und der Tegeler Antrag wurde überhaupt noch nicht eingereicht.

Wenn wir nicht auf ständig steigender Fluglärmbelastung und dem Katastrophenrisiko sitzen bleiben wollen, müssen wir im 14ten Jahr unserer Arbeit unsere Anstrengungen noch einmal verstärken.

- Wir müssen öffentlich deutlich machen, dass wir nicht politikverdrossen sind, dass aber die CDU und SPD von der Bezirks- bis zur Bundesebene für uns nicht mehr wählbar sind.
- Wir benötigen die aktive Unterstützung von Ärztinnen und Ärzten, um über die gesundheitlichen Gefahren durch Fluglärm und Schadstoffe aufzuklären.
- Wir benötigen Menschen, die sich aktiv in die Sicherheitsproblematik einarbeiten und die Öffentlichkeit entsprechend unterrichten.
- Wir benötigen Menschen, die sich mit den durch Flugverkehr verursachten wirtschaftlichen Schäden (z. B. Wertverluste bei Grundstücken) befassen.
- Wir benötigen eine Arbeitsgruppe, welche die Politiker aus den betroffenen Wohngebieten stärker bearbeitet und zum Umdenken zwingt.
- Wir benötigen eine Arbeitsgruppe, die über neue und andere Formen des Widerstandes nachdenkt.

Prüfen und überlegen Sie bitte genau, ob Sie nicht im Interesse unserer gemeinsamen Sache an einem der obigen Themen mitarbeiten können. Vielleicht können Sie aber auch andere Menschen aus Ihrer Umgebung für diese Arbeit gewinnen.

Bundesverwaltungsgericht entschied nach Gutsherrenart

Mit unserem Antrag, den Ausbau des Flughafens Tegel sofort zu stoppen, sind wir - das muss man aus unserer Sicht so nennen - in übler Art und Weise ausgetrickst worden.

Unser Anwalt hatte den Antrag beim Oberverwaltungsgericht (OVG) eingereicht, das ja auch 1996 über unsere Klage entschieden und uns einen Minimalschutz zugestanden hatte.

Senator Strieder und die Flughafenbetreiber vertraten dann die Ansicht, dass hier das Bundesverkehrswegebeschleunigungsgesetz anzuwenden sei und die Angelegenheit deshalb in einziger und letzter Instanz vom Bundesverwaltungsgericht entschieden werden müsse.

Das OVG wollte sich wohl gerne vor der Entscheidung über unseren Antrag drücken - schließlich wären die Richter an ihre Entscheidung von 1996 gebunden gewesen. Deshalb gaben sie den Fall an das Bundesverwaltungsgericht (BverwG) weiter. Selbstherrlich und ohne nähere Prüfung unseres Begehrens entschied der 11. Senat gegen uns. So wurde die Klägerin als Mieterin bezeichnet, obwohl deren Grundstück sich schon im Familienbesitz befand, als Tegel noch kein Flughafen war und in der zentralen Frage - führt eine Erhöhung der Abfertigungskapazitäten in Tegel zu einer Erhöhung der Starts und Landungen - meinten die Richter sinngemäß, dass sie daran nicht glauben.

Als einzige, letzte und quasi göttliche Instanz meint der 11. Senat dieses Gerichtes offensichtlich, sich derartige Glaubensentscheidungen leisten zu können, obwohl der Flughafenbetreiber im Planfeststellungsantrag für Schönefeld erklärte, dass eine Steigerung der Passagierzahlen auch zu einer entsprechenden Steigerung der Starts und Landungen führe.

Wenn wir den Glauben an unseren Rechtsstaat nicht verlieren wollen, dann müssen wir weiter kämpfen. Unser Rechtsanwalt hat deshalb im Hauptsacheverfahren gegen den Ausbau von Tegel Klage erhoben.

Zur Begründung dieser Klage müssen wir ein Gutachten erstellen lassen, das den Zusammenhang zwischen der Steigerung der Passagierzahlen und der Steigerung der Flugbewegungen belegt.

Dieses Gutachten wird uns mindestens 5.000 DM kosten. Für unseren eigenen Rechtsanwalt müssen wir noch einmal ca. 3.000 DM veranschlagen. An Gerichtskosten sowie Kosten der gegnerischen Rechtsanwälte müssen wir - zur Absicherung unserer Klägerinnen - noch einmal ca. 12.000 DM zurückstellen.

Weitere Rückstellungen in Höhe von ca. 10.000 DM sind für unsere Klage zur Nutzungsbeschränkung der nördlichen Landebahn bei Landungen aus Richtung Spandau (dabei werden regelmäßig Hausdächer beschädigt und Menschen in Gefahr gebracht) notwendig.

Auch die Klage zur Ausweitung des Nachtflugverbotes muss mit ca. 11.000 DM abgesichert werden. Unsere Kosten für Rundbriefe, Telefon, Fax usw. veranschlagen wir - wie im Vorjahr - mit ca. 5.000 DM.

Wir gehen davon aus, dass die Nachtflugklage erst im Jahr 2002 verhandelt wird. Dennoch bleibt uns für 2001 ein Spendenbedarf von ca. 15.000 DM. Die aufgelisteten Beträge gelten für den schlechtesten Fall, dass wir alle Prozesse verlieren. Rücklagen, die wir für (gewonnene) Prozesse nicht benötigen, werden selbstverständlich für die nachfolgenden verwendet, wodurch sich die Gesamtsumme verringert.

Vielleicht können Sie ja auch hier Menschen aus Ihrer Umgebung als finanzielle Unterstützer gewinnen.

„Fluglärm, Schadstoffe und Absturzgefahr ohne Ende?“

**Was wird aus den Menschen in der Einflugschneise des
Flughafens Tegel ?**

Einladung zur Diskussionsveranstaltung

**am Dienstag 29. Mai 2001 um 19.00 Uhr
im Rathaus Pankow
Großer Ratssaal im 1. Stock Breite Str. 24 A - 26**

Es diskutieren mit Ihnen:

Michael Cramer

verkehrspolitischer Sprecher Bündnis 90/Grüne im Abgeordnetenhaus von
Berlin

Christian Gaebler

verkehrspolitische Sprecher der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin

Johannes Hauenstein

Sprecher der Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz

Alexander Kaczmarek

verkehrspolitische Sprecher der CDU im Abgeordnetenhaus von Berlin

Jutta Matuschek

verkehrspolitische Sprecherin der PDS im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Die BI dankt der PDS Pankow für die Unterstützung und Bereitstellung der Räumlichkeiten.

im Mai 2001

**Bürgerinnen und Bürger
gegen das Luftkreuz**

Berenhorststr. 5
13403 Berlin

Tel.: 413 83 07

Funk-Tel: 0172/ 32 64 283

Fax: 413 84 78

Mail: **BIgendasLuftkreuz@t-online.de**

Web: **<http://bigendasluftkreuz.bei.t-online.de/>**

Konto:

lagers/martens BI gegen das
Luftkreuz

Berliner Sparkasse

Kto.: 207 000 8005

BLZ: 100 500 00